

Bericht aus der Sommersession 2010

Von Maya Graf, Fraktionspräsidentin

Die Sommersession stand ganz im Zeichen der Bewältigung der Finanz- und Bankenkrise. So hatte das Parlament über die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Finanzkrise und zum Verhalten des Bundesrates gegenüber der UBS und über das Amtshilfeabkommen Schweiz – USA zu entscheiden.

Für die Grüne Fraktion war klar: Erstens darf es einen Fall UBS nicht mehr geben und zweitens: der Finanzmarkt muss reguliert und das Bankgeheimnis gehört endlich abgeschafft.

Daher forderten die Grünen eine PUK, eine Untersuchungskommission mit weitreichenden Kompetenzen, die über den Bericht der Geschäftsprüfungskommission hinaus die Amtsführung von Bundesrat, Bundesverwaltung und der Finanzmarktaufsicht sowie die Entscheide der Schweiz. Nationalbank bei der Ueberwachung und Regulierung des Finanzsektors und der UBS in den letzten zwei Jahren durchleuchten und verbindliche Verbesserungsvorschläge machen. Beim Amtshilfeabkommen mit der USA war die Grüne Fraktion nur bereit zuzustimmen, wenn Bundesrat und Parlament endlich zu einer weitreichenden Bankgeheimnisreform bereit sind. Wir forderten mit einer Motion ein Rahmengesetz, das die Unterscheidung von Steuerhinterziehung – und Betrug aufhebt. Weitere Forderungen waren Massnahmen gegen die „Too big to fail“- Problematik von Grossbanken und die Besteuerung von überteuerten Bonizahlungen in den Chefetagen.

Da Fazit am Ende der Session war ernüchternd: die PUK wurde abgelehnt, das Amtshilfeabkommen Schweiz-USA angenommen und alle Forderungen nach Regulierungen auf die lange Bank geschoben. Dazu passte auch, dass die bürgerliche Mehrheit des Parlamentes die Behandlung der Volksinitiative gegen die Abzockerei verschob, damit keine Abstimmung im Wahljahr stattfinden kann. Ganz unter dem Motto: „Alles soll so weiter gehen wie bis jetzt“ : Die Banken spekulieren weiter, die Manager bereichern sich daran. Und wenn es ein Problem gibt, ist ja der Staat da, der sie mit unser aller Steuergeldern retten kann.. Das sind Momente im parlamentarischen Alltag, die knallhart aufzeigen, wo in unserer Demokratie wirklich die Entscheide gefällt werden: bei der viel zu einflussreichen Wirtschafts- und Bankenlobby im Parlament. Ein Ansporn mehr für uns Grüne, bei den nächsten Wahlen zu zulegen, aber auch, diese Verfilzung den Wählerinnen und Wählern aufzuzeigen.

Und dies ist auch beim Klimaschutz wichtig! Der Nationalrat entschied sich in der Sommersession zwar beim indirekten Gegenvorschlag zu unserer Klimainitiative für 20% CO2 Reduktion im Inland bis 2020, aber ohne verbindliche Massnahmen ins Gesetz schreiben zu wollen.